

Kontroverse Debatte nach Bekanntwerden einer Kostenexplosion bei geplanter Nordverlängerung der A 14

Minister Tiefensee: "Wir halten an dem Projekt fest"

Von Michael Bock

Magdeburg. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hat sich zum Bau der Nordverlängerung der A 14 bekannt. " Ich gehe davon aus, dass die Investition nicht in Frage gestellt wird ", sagte er gestern. " Wir halten an diesem Projekt fest. " Er nannte die A 14 " eines der wichtigsten Verkehrsprojekte in den neuen Ländern ".

Zuvor hatte die Volksstimme berichtet, dass die für den Autobahnbau veranschlagten Gesamtkosten rasant nach oben schnellen. Nach einer aktuellen Schätzung der Planungsfirma Deges betragen die erwarteten Ausgaben für die Nordverlängerung von Magdeburg in Richtung Schwerin nunmehr 1, 28 Milliarden Euro – das sind rund 500 Millionen Euro mehr, als ursprünglich eingeplant worden waren.

Laut Tiefensee wird jetzt geprüft, wie die Mehrkosten zustande gekommen sind und wie sie begrenzt werden können. Sachsen-Anhalts Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU) sagte gestern, die gestiegenen Kosten seien " maßgeblich auf die deutlich verschärften Umweltschutzanforderungen zurückzuführen ". So müssten etwa Fledermausbrücken oder Krötentunnel gebaut werden. Zudem berücksichtige die aktuelle Berechnung den Anstieg der Material- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sowie den allgemeinen Kostenanstieg in den vergangenen Jahren. Dadurch wurde Daehre zufolge der Bau eines Autobahn-Kilometers gut drei Millionen Euro teurer.

Der Minister bekräftigte, es gebe zum Bau der Nordverlängerung " keine Alternative ". Die prognostizierte Zunahme des Verkehrs auf den Straßen zwingt dazu, den mitteldeutschen Raum über einen Korridor mit den Häfen an Nord- und Ostsee zu verbinden.

" Wir werden uns bei den weiteren Planungen bemühen, die Kosten weitgehend zu minimieren ", sagte Brandenburgs Minister für Infrastruktur und Raumordnung, Reinhold Dellmann (SPD). Mecklenburg-Vorpommerns Verkehrsminister Otto Ebnet (SPD) sieht keine " unlösbaren Probleme " bei der Finanzierung.

Die Bundesländer und der Bund wollen Ende Mai über die Kostenexplosion beraten.

Die Autobahn von Magdeburg über Wittenberge bis zur A 24 nahe Schwerin soll 154 Kilometer lang sein. Der Baubeginn ist für 2009 oder 2010 vorgesehen, die Fertigstellung etwa bis 2015 geplant. Vor einem Jahr war vereinbart worden, dass die damals veranschlagten Gesamtkosten von 775 Millionen Euro aus einem EU-Fonds (327 Millionen), von den beteiligten Bundesländern (227 Millionen) und dem Bund (221 Millionen Euro) getragen werden sollen.

Linke und Grüne in Sachsen-Anhalt forderten indes das Ende des Projekts. Der Chef der Linke-Landtagsfraktion, Wulf Gallert, sprach von einem " politischen Skandal ". Es dränge sich der Verdacht auf, dass die notwendigen Ausgaben anfangs bewusst niedrig angesetzt worden seien, um das Projekt politisch durchzusetzen. Dann müsse davon ausgegangen werden, " dass politische Entscheidungsträger bewusst belogen wurden ", sagte Gallert. Damit stehe die politische Entscheidung für die Nordverlängerung der A 14 in Frage. Er warb stattdessen für den Ausbau bestehender Bundesstraßen. Dies würde nur einen " Bruchteil der Kosten " verursachen und hätte " geringere ökologische Belastungen " zur Folge.

Grünen-Chefin Undine Kurth forderte, die Planungen für die Verlängerung der A 14 sofort zu stoppen. Ihre Partei habe seit längerem darauf hingewiesen, dass Großprojekte solcher Art nie im geplanten Kostenrahmen bleiben würden. Das Geld für eine neue Autobahn fehle etwa für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, sagte sie.

SPD-Verkehrspolitiker

Thomas Felke erklärte : " Die Kostenexplosion ist extrem. Grundsätzlich steht die Nordverlängerung der A 14 jedoch nicht in Frage. " SPD-Fraktionschefin Katrin Budde nannte den Autobahnbau einen " wichtigen Baustein für die Entwicklung der Altmark und des ganzen Landes ". Das Projekt müsse weiterverfolgt werden, für das Kostenproblem sei eine schnelle Lösung erforderlich.

CDU-Verkehrspolitiker André Schröder betonte, nun müssten Möglichkeiten der Kostenreduzierung geprüft werden. Im schlimmsten Fall müssten zeitliche Verzögerungen hingenommen und Sonderwünsche zurückgestellt werden.